

# Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

## Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen des Gemeinderates zu Ottendorf-Okrilla.

Mit den Beilagen „Neue Musikerte“, „Mode und Helm“ und „Der Robold“.

Schriftleitung, Druck und Verlag Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla.



Gemeinde - Büro - Konto Nr. 111

Nummer 87

Freitag, den 22. Juli 1932

31. Jahrgang

### Vertikales und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, am 21. Juli 1932.

Eine böse Lieberaktion erlebte am Sonntag ein Hausbesitzer auf der Nadeburgerstraße als er seinen Taubenstall besichtigte. Waren ihm doch in der Nacht von einem Missetäter oder einem Marder nicht weniger als 10 Tauben getötet worden. Die sofort angestellte Suche nach dem schädlichen Räuber waren, trotzdem man einen Hund zur Hilfe nahm und dieser auch die Höhle des Taubenwürgers im nahen Walde aufstöberte, ohne Erfolg.

Einen Harry Biel-Tonfilm bringt die Schauburg ab heute Donnerstag zur Vorführung. Berühmt und bewundert als Meister der Sensationen wird Harry Biel auch in diesem Film seine Besucher bis zum letzten Bilde in Spannung halten.

Vergessen sie nicht den 15. August! Das ist der letzte Einblendtermin für die Lösung der unterhaltenden Schwarzspieß-Aufgabe „Kopf zerbrochen“. Verlangen Sie kostenlos den Prospekt im Fachgeschäft — Geldpreise winken für 5 Minuten Kopfsprecher! Und gesundes und schönes Haar durch „Haarglanz“!

### Vertreibung von Anliegerleistungen

Vom Ministerium des Innern wird mitgeteilt: Von Mitgliedern des Landtages ist darüber Klage geführt worden, daß bei der Vertreibung von Anliegerleistungen nicht immer schonend verfahren werde, wie es die gegenwärtig bedrängte Lage des Hausbesitzes verlange. Die Regierung muß, wie sie vor kurzem auf eine entsprechende Anfrage im Landtag bereits erklärt hat, erwarten, daß die Gemeinden bei der Einziehung der Anliegerleistungen auf die wirtschaftliche Lage der Grundstückbesitzer die erforderliche Rücksicht nehmen und jedenfalls eine unvermutete Eintreibung unterlassen. Nach Prüfung der Verhältnisse im Einzelfall wird vielfach eine weitere Stundung zugestanden werden müssen.

### Anfallverhütung in der Erntezeit

Die einsetzende Erntearbeit in der Landwirtschaft bringt erfahrungsgemäß eine große Anzahl von Unfällen mit sich, die vielfach auf Unachtsamkeit oder verbotswidriges Verhalten zurückzuführen sind. Meist handelt es sich um Unfälle durch Sturz vom Wagen, um Verletzungen durch umgeschlagene Sensen, durch Nähmaschinen und durch Stiche mit der Heugabel. Alle in der Landwirtschaft tätigen Personen werden daher gut tun, in ihrem eigenen Interesse und im Interesse ihrer Mitarbeiter folgende Gesichtspunkte genau zu beachten: Jedes Auf- und Absteigen vom Fuhrwerk während der Fahrt ist zu vermeiden; das Sitzen oder Stehen auf der Deichsel, dem Gangbaum oder der Waage, der Schere oder dem Karrenbaum während der Fahrt bringt Gefahr; beim Ausladen von Heu, Riee Getreide usw. auf dem Feld sind die Zugtiere stets unter Aufsicht zu halten. Die auf dem Wagen arbeitenden Personen sind vor jedwemaligem Weiterrücken hieron laut zu benachrichtigen; beim Stöken und Abnehmen von Heubunden und Garben ist Vorsicht am Platze; vor der Beseitigung von Störungen an bespannten Nähmaschinen ist das Getriebe auszuruhen; die Zugtiere sind abzuhängen. Beim Abhängen an der Nähmaschine nie vor, sondern stets neben oder hinter den Wesserdallen treten! Beim Tragen von Sensen vom und zum Feld ist die Klinge in ihrer ganzen Länge zu verkleiden (Gemeinschaft).

### Kirchliche Nothilfe 1931/32

Der Gesamtverband der Inneren Mission, der im Auftrag des Ev.-luth. Landeskonferenziums eine Erhebung über die kirchliche Nothilfe des vergangenen Winters veranstaltete, legt jetzt einen umfangreichen Bericht vor, aus dem hervorgeht, daß die von der kirchlichen Nothilfe veranstalteten Sammlungen in vielen Gemeinden ein recht beträchtliches Ergebnis erzielt haben. Nach den vorliegenden Berichten, die sich auf etwa zwei Drittel der sächsischen Kirchengemeinden erstrecken, sind im ganzen an Vorspenden 573 443 RM gesammelt worden. Hierzu kommen noch Sachspenden im Werte von fast 340 000 RM. Zur Instandsetzung der gespendeten Kleidungsstücke waren zahlreiche Näh- und Stichtischen eingerichtet und von den Geldspenden etwa 135 000 RM zu Barunterstützungen und etwa 310 000 RM zur Verteilung von Lebensmitteln, Heizmaterialien usw. verwendet worden. Ferner wurden fast 100 Kufe und Heimgemeinschaften für Erwerbslose veranstaltet, die besonders der beruflichen Weiterbildung dienen.

### Kein Auftreten des Karoskelläfers

In der Presse erschienen während der letzten Tage mehrfach Meldungen über angebliches Auftreten des gefährlichen Karoskelläfers (Coloradoläfers) in Deutschland. So sollte der Käfer z. B. in der Gegend von Frankfurt a. M. und von D. z. B. festgestellt worden sein. Hierzu wird amtlich mitgeteilt, daß die Untersuchung in allen gemeldeten Fällen ergeben hat, daß es sich nicht um den Coloradoläfer, sondern um andere harmlose Käferarten handelt. Der Karoskelläfer ist zur Zeit nirgends in Deutschland festgestellt.

**Pulsnik. Krankenhaus in Not.** Der Stadtrat hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt, die Stadt sei infolge ihrer finanziellen Notlage nicht mehr imstande, die Zuschüsse für die Aufrechterhaltung des Pulsniker Krankenhauses auszubringen. Das Krankenhaus müsse daher geschlossen werden, wenn es nicht gelinge, durch freiwillige Spenden die Mittel für die Fortführung in Höhe von 11 000 RM auszubringen. In dem Aufruf werden die Bewohner der Stadt und ihrer Umgebung zur Nothilfe aufgefordert.

**Hilfer und Gregor Strahler sprechen in Dresden.** Dresden. Auf einer am Sonnabend, 23. Juli, auf der Sportplatzanlage des Dresdner Sport-Clubs im Stragehege stattfindenden nationalsozialistischen Kundgebung werden der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, und der nationalsozialistische Spitzenkandidat im Wahlkreis Ostschlesien, Gregor Strahler, sprechen.

**Dresden. Auch ein Wahlkampfpferd.** An der Reiter Rennbahn wurde ein junger Mann in bestmöglicher Zustand aufgefunden und mit schweren inneren Verletzungen dem Karolabaus zugeführt. Wie verlautet, war er von einem aus einem Flugzeug abgeworfenen Paket Wahlflugblätter getroffen worden.

**Dresden. In der Königsbrüder Straße im Industriegebiet verunglückte der Lokomotivführer Ulbricht,** der mit seinem Motorrad in schneller Fahrt zwei Personenkraftwagen überholte. Er prallte gegen einen Baum und erlitt einen Schädelbruch, der den sofortigen Tod herbeiführte. Auch der Soziusfahrer wurde verletzt.

**Dresden. In der Schulgasse wurde nachts eine leere Kraftmaschine gefunden,** deren Erkennungsnummer verändert worden war. Es handelt sich um den in der Nähe der Rehböschung bei Reichen einem Kraftfahrzeugführer geraubten Wagen. Von den Tätern fehlt bis jetzt noch jede Spur.

**Dresden. Eine Schwarzfahrt und ihre Folgen.** Nachts stürzte in der Dohnaer Straße in Ostwitz ein Personenkraftwagen in den Lotzwegbach. Von den Insassen wurden zwei Personen, aus Freital, Vater und Sohn, schwer verletzt ins Johanniterkrankenhaus nach Heidenau übergeführt. Der Wagenführer, ein 21 Jahre alter Schlossergehilfe aus Wildorf, wurde vorläufig festgenommen, da er nicht im Besitz eines Führerscheines war und den Wagen zu einer Schwarzfahrt benutzte.

**Freiberg. Im benachbarten Eppendorf ist das Wohnhaus von Emil Trint vollständig niedergebrannt.** Nur das Vieh konnte gerettet werden. Die Brandursache ließ sich noch nicht einwandfrei feststellen. Das Grundstück sollte demnächst zwangsversteigert werden.

**Bad Schandau. Die Sächsischen Schweiz hat trotz aller Wirrnisse der Zeit auch in diesem Jahre einen guten Ferienbesuch zu verzeichnen.** Nach einer Mitteilung der Kurverwaltung ist die Zahl der Dauergäste in Bad Schandau seit Jahren im fortgesetzten Steigen begriffen. Mit Rücksicht auf die gesunkene Kaufkraft der Bevölkerung sind die Preise weiter gesenkt worden.

**Neustadt (Sachsen). Auf der Staatsstraße nach Sebnitz stieß ein Motorrad so heftig mit einem Kraftwagen zusammen, daß es in den Strahengraben geschleudert wurde.** Der Fahrer stürzte und Landwirt Siebenicher brach die Beine; eine Frau wurde am Rücken schwer verletzt. Alle drei mußten dem Sebnitzer Krankenhaus zugeführt werden.

**51 Prozent bei der Wendischen Volksbank Bauen.** In der Gläubigerversammlung der Wendischen Volksbank wurde mitgeteilt, daß ein Fehlbetrag von rund 900 000 RM vorhanden ist. Die Gläubiger würden mit etwa 51,2 Prozent befriedigt werden. Die Ursache des Zusammenbruchs sei hauptsächlich darin zu suchen, daß der Hauptaktionär, ein Prager Bankunternehmen, in Schwierigkeiten gekommen sei.

**Löbau. Die von dem letzten Unwetter heimgesuchten Gebiete der Oberlausitz hatten in den letzten Tagen einen Massenstrom von Besuchern und Schaulustigen zu verzeichnen.** Die zu Fuß, zu Rad und im Auto zu Zehntausenden die Gegend von Bernsdorf und Remy besichtigten. Dabei mußte mehrmals die Hilfeleistung von Sanitätern in Anspruch genommen werden. Auch Willgendorf wies einen starken Verkehr auf. Die Gastwirtschaften waren überfüllt. In Remy ergab eine Sammlung unter den Besuchern einen Betrag von etwa 1400 RM „aus dem Wesserdallen“.

**Chemnitz. Auf dem Schillerplatz wurden von drei Männern, deren Parteizugehörigkeit bisher noch nicht ermittelt werden konnte, ein Nationalsozialist namens Seifert und ein Passant durch sechs bis sieben Schüsse getroffen.** Die Betroffenen trugen Beinverletzungen davon. Der Passant mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden während der Nationalsozialist in eine Privatklinik gebracht wurde. Einer der Täter konnte verhaftet werden. Weiterhin wurde in der Königstraße der Hitlerjunge Ulrich von Kommunisten überfallen. Der Junge erlitt durch Fußtritte schwere innere Verletzungen.

**Tauscha b. Leipzig. Eine Anzahl SS-Leute wurde beim Zettelverteilen in Tauscha von politisch Andersdenkenden in der Leipziger Straße überfallen und mit Steinen beworfen sowie mit Fausttaten geschlagen.** Die Nationalsozialisten flüchteten vor der Uebermacht, wurden aber verfolgt. Ein Nationalsozialist soll fünf Schüsse abgefeuert haben, durch die aber niemand verletzt wurde. Fünf Nationalsozialisten erlitten Verletzungen. Ein Tauschaer Polizeibeamter trug durch einen Steinwurf Verletzungen an der Hand und an der Schulter davon. Das Ueberfallkommando aus Leipzig säuberte die Straßen und stellte die Ruhe und Ordnung wieder her.

**Zwickau. In Planitz wurde der Milchwagen des dortigen Rittergutes von einem Personenkraftwagen angefahren.** Der Milchhändler Ernst Heumann und seine Frau stürzten vom Wagen und blieben schwerverletzt liegen. Die 41 Jahre alte Frau starb bald darauf im Zwickauer Krankenhaus an den Folgen eines erlittenen Schädelbruchs, während der Mann in bedenklichem Zustand darniederliegt. Das Pferd des Milchgehirns ging mit dem Wagen durch und raste noch ein Stück weiter, bevor es angehalten werden konnte.

**Zwickau. Todessturz.** Auf der Straße nach Schneeburg wurde in der Nähe der Muldebrücke bei Bodma der Arbeiter Markter aus Oberhohndorf auf seinem Fahrrad von einem Kraftwagen des Allg. Deutschen Automobil-Clubs erfasst und geschleift. Dabei stieg er mit dem Kopf so heftig auf die Bordsteine, daß er nach Ueberführung ins Kreiskrankenhaus einem Schädelbruch erlag.

### Aufruf der Staatsregierung für die Unwettergeschädigten

Die Sächsische Staatsregierung hat angesichts der Lausitzer Unwetterkatastrophe folgenden Aufruf erlassen:

#### An die Bevölkerung!

Unwetter von furchtbarem Ausmaße haben am 14. und 15. Juli 1932 große Teile der Lausitz heimgesucht. Die religiösen Fühlen haben schwerste Schäden an Hab und Gut verursacht; zahlreiche Brände folgten dem zündenden Blitz. Häuser wurden zerstört, Vorräte und Mobiliar vernichtet, Gärten und Felder verwüstet, Straßen wurden meterhoch abgedeckt, Brücken weggerissen.

Der Schaden läßt sich noch nicht annähernd beziffern. Er dürfte eine Million übersteigen und leider nicht geringer sein als derjenige, der im Vorjahre im Erzgebirge erwachsen ist. Viele Einwohner der betroffenen Orte wissen nicht, wie sie sich und ihre Familie weiter durchbringen sollen. Unter ihnen herrscht Kummer und Verzweiflung. Regierung, Bezirksverbände und Gemeinden werden ihr Möglichstes tun zur Behebung der Schäden an Wegen und Wasserläufen. Um das Unglück, das die Einzelnen betroffen hat, mildern zu können, muß die Allgemeinheit aufgerufen werden. Deshalb wird an alle, die von der Naturkatastrophe verschont blieben und die noch ein Scherlein entbehren können, die dringende und herzlichste Bitte gerichtet, der großen Not durch eine Spende Steuern zu helfen. Jede kleinste Gabe ist willkommen.

Die öffentlichen Kassen sind verpflichtet, auch die kleinsten Geldbeträge entgegenzunehmen und das Sammelergebnis an die Amtshauptmannschaft Löbau, die vom Gemeindefiskus mit der einheitlichen Durchführung der Hilfsaktion betraut worden ist, abzuführen. Die Kassen der privaten Banken und Kredite und Geschäftstellen der Tageszeitschriften werden ersucht, dasselbe zu tun.

Dresden, 20. Juli 1932.

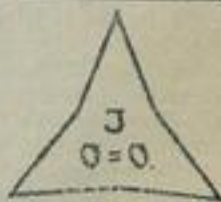
Die Staatsregierung  
Die Bezirksverbände der Amtshauptmannschaften Löbau und Zittau

### Turnen - Spiel - Sport

im  
Turnverein Jahn e.V.

(Deutsche Turnerschaft).

Sonntag, den 24. Juli 1932.



Am kommenden Sonntag veranstaltet der T. Jahn einen Autoausflug nach Leppersdorf um sich an den Veranstaltungen die der dortige Verein anlässlich seiner Platzweiche durchführt zu beteiligen. Schon immer sind diese Ausflüge unter zahlreicher Beteiligung der Mitglieder vor sich gegangen. Und so hofft die Vereinsleitung, daß auch diesmal recht viele Turnerinnen und Turner an der außergewöhnlich billigen Fahrt teilnehmen. (Näheres siehe Inserat).



# v. Papen Reichskommissar in Preußen

Bracht kommissarischer Innenminister.

Berlin, 20. Juli. Reichskanzler v. Papen empfing heute vormittag 10 Uhr die preussischen Minister Hirtle und Severing. Im Verlaufe der Unterredung teilte der Reichskanzler mit, daß sich die Reichsregierung entschlossen habe, eine Neuordnung der Verhältnisse in Preußen vorzunehmen. Reichskanzler v. Papen wird zum Reichskommissar für Preußen und Oberbürgermeister Bracht (Essen) zum kommissarischen preussischen Innenminister und Leiter der Staatskanzlei ernannt.

## Verordnung des Reichspräsidenten betr. die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen.

Berlin, 20. Juli. Die vom 20. Juli 1932 datierte Verordnung des Reichspräsidenten, betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 und 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen:

### § 1.

Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des preussischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Geschäfte des preussischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissar des Reiches mit der Führung der preussischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des preussischen Ministerpräsidenten den von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereiches der preussischen Staatsminister zu. Der Reichskanzler und von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien betrauten Personen über die Befugnisse des preussischen Staatsministeriums aus.

### § 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Konrad und Berlin, den 20. Juli 1932.

(gez.) v. Hindenburg. (gez.) v. Papen.

## Die amtliche Begründung für die Einsetzung des Reichskommissars.

Berlin, 20. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 ist der Reichskanzler zum Kommissar für Preußen bestellt worden. In dieser Eigenschaft hat er auf Grund der ihm erteilten Vollmachten den Ministerpräsidenten Braun und den Minister des Innern Severing ihrer Ämter enthoben. Die Befugnisse und Aufgaben des preussischen Ministerpräsidenten sind auf den Reichskanzler als Reichskommissar übertragen.

Berlin, 20. Juli. Ueber die Gründe, die die Reichsregierung zur Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen veranlaßt haben, verlautet an unterrichteter Stelle folgendes:

Die Reichsregierung ist immer mehr zu der Ueberzeugung gekommen, daß in letzter Zeit die Ruhe und Ordnung auf preussischem Boden vielfach gefährdet worden ist und die Polizei nicht immer rechtzeitig und wirksam eingegriffen hat. Auch haben nach Ansicht der Reichsregierung die inneren Verwaltungsstellen in Preußen häufig innere Unsicherheit an den Tag gelegt, wenn es sich darum handelte, durchgreifende Maßnahmen gegen den kommunistischen Terror zu treffen. Die Reichsregierung macht der geschäftsführenden preussischen Regierung weiter zum Vorwurf, daß sich die kommunistische Bewegung in einer Form betätigen konnte, die sich mit der Staatsautorität nicht mehr in Einklang bringen läßt. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten ist nach Ansicht der Reichsregierung unvermeidbar. Die scharfen Angriffe Severings in seinen Wahlreden gegen die Reichsregierung, besonders in seiner in der vorigen Woche in Wilmersdorf gehaltenen Rede, in der er die Wähler aufforderte, die Regierung v. Papen „fortzujagen“, haben zu der Entscheidung der Reichsregierung mit beigetragen.

Die Selbstständigkeit des Landes Preußen im Rahmen der Reichsverfassung wird nicht angetastet. Die Reichsregierung erwartet vielmehr, daß alsbald eine Beendigung des auf Grund der Notverordnung geschaffenen Zustandes eintreten wird.

Die blutigen, von kommunistischer Seite hervorgerufenen Unruhen haben die Reichsregierung vor die schwere Aufgabe gestellt, von sich aus für Ruhe und Sicherheit im größten Teile Deutschlands zu sorgen. In den übrigen deutschen Ländern, in denen die Polizeibehörden straff geleitet werden, besteht keine Befürchtung, daß kommunistische Umtriebe Erfolg erzielen. Die Reichsregierung bedauert lebhaft, daß diese Voraussetzungen für Preußen nicht in dem notwendigen Umfange zutreffen, obgleich die örtlichen Polizeiorgane durch Einzug von Person und Leben der Beamten an sich genügt haben, der offenbar von langer Hand vorbereiteten Marnen Herr zu werden.

In Preußen hat die Reichsregierung die Beobachtung machen müssen, daß Planmäßigkeit und Zielbewußtheit der Führung gegen die kommunistische Bewegung fehlen. Es ist kein Zufall, daß gerade in Preußen die kommunistische Kampfesorganisation am erfolgreichsten aufgetreten ist und an den verschiedensten Orten ernste und blutige Unruhen hervorgerufen hat. Es besteht der begründete Verdacht, daß hohe preussische Dienststellen in Berlin und an anderen wichtigen Punkten nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist. Dadurch ist in weiten Kreisen der Behörden der Exekutivbeamten sowie der Bevölkerung die staatliche Autorität erschüttert. Verstärkt wird dieser Eindruck in der Öffentlichkeit durch die ungezügeltsten scharfen Angriffe des preussischen Ministers des Innern und anderer hoher Beamter gegen die Reichsregierung. Die notwendige vertrauensvolle Zu-

sammenarbeit zwischen Reichsregierung und Landesregierung ist dadurch unmöglich gemacht. Unter diesen unerträglichen Umständen ist die vorübergehende Zusammenfassung der Machtmittel des Reiches und Preußens in der Hand des Reichskanzlers der einzige Weg zur raschen Befriedigung des größten deutschen Landes.

## Das Staatsministerium geschlossen.

Berlin, 20. Juli. Das Gebäude des preussischen Staatsministeriums in der Wilhelmstraße ist geschlossen. Es wird niemand hinein noch herausgelassen. Mehrere Mann Reichswehr unter Führung eines Offiziers haben im Gebäude des Staatsministeriums Posten genommen.

Der Leiter der Pressestelle im preussischen Innenministerium, Ministerialrat Hirschfeld, erklärt auf Anfrage, es sei ihm nicht bekannt, wo das alte preussische Ka-

binett zurzeit lage. Es besteht aber kein Zweifel darüber, daß das Kabinett sich in den Räumen des preussischen Innenministeriums aufhält.

## Auch Grezinski seines Amtes enthoben.

Berlin, 20. Juli. An Stelle von Oberst Heimannberg soll die Leitung der Berliner Schutzpolizei Polizeioberst v. Poth, ein früherer aktiver Offizier, übernehmen. Wie verlautet, ist der Berliner Polizeipräsident Grezinski seines Amtes enthoben worden. Zu seinem Nachfolger dürfte der Essener Polizeipräsident Dr. Melcherl ernannt werden.

## Die erste Maßnahme Brachts.

Berlin, 20. Juli. Sämtliche Mitglieder der Pressestelle des preussischen Staatsministeriums sind auf Anordnung Brachts ihrer Ämter enthoben worden.

# Das Preußenkabinett weicht nur der Gewalt.

Militärischer Ausnahmezustand für Berlin und Brandenburg.

Berlin, 20. Juli. In der Unterredung mit dem Reichskanzler hat sich der preussische Innenminister Severing geweigert, die Verordnung des Reichspräsidenten anzuerkennen und erklärt, er weiche nur der Gewalt. Der Reichspräsident hat darauf eine zweite Verordnung erlassen, wonach über Berlin und Brandenburg der militärische Ausnahmezustand erklärt wird. Die vollziehende Gewalt ist daher für Berlin und Brandenburg auf den Befehlshaber des Wehrkreises III, General Runderstedt, übertragen. Ihm untersteht auch die Berliner und Brandenburgische Polizei.

## Besprechung der Exminister.

Berlin, 20. Juli. Die bisherigen preussischen Minister sind gegen 11.30 Uhr zu einer Besprechung zusammengetreten. Wie verlautet, ist auch der von dem Reichskanzler als Reichskommissar abgesetzte preussische Ministerpräsident Braun unterwegs, um in seinen Räumen die Kabinettsitzung unter seinem Vorsitz abzuhalten. Gegen 11.45 Uhr wurde die Reichswehrtruppe in der Reichskanzlei, in der sich bekanntlich wegen des Umbaus des Präsidentengebäudes auch die Räume des Reichspräsidenten befinden, durch einen Zug Infanterie, der bekanntlich leichtes Maschinengewehr mitführt, verstärkt.

## Die Besprechung des Kanzlers mit den preussischen Ministern.

Berlin, 20. Juli. Ergänzend kann mitgeteilt werden: Der Reichskanzler empfing heute vormittag um 10 Uhr die preussischen Minister Severing, Hirtle und Klepper in der Reichskanzlei, um ihnen die Verordnung des Reichspräsidenten zu eröffnen und ihnen gleichzeitig mitzuteilen, daß er, der Reichskanzler, als Reichskommissar für Preußen den Ministerpräsidenten Braun und den Innenminister Severing ihrer Ämter enthoben habe.

Gleichzeitig um 10 Uhr empfing der Reichskanzler den Essener Oberbürgermeister Bracht, um ihn als seinen ständigen Stellvertreter mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Innenministeriums zu beauftragen.

Der Reichskanzler hat den Minister Severing gleichzeitig, sein Amt abzugeben, indem er das verfassungsmäßige Zuständelommen der Verordnung des Reichspräsidenten bezweifle. Der Reichskanzler entgegnete, daß die Verfassungsmäßigkeit der Verordnung durch den Staatsgerichtshof geprüft werden müsse, daß aber an der Giltigkeit nach ihrem Vollzug durch den Reichspräsidenten und der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler nichts zu ändern sei. Er bat daher den Minister Severing dringend, sein Amt abzugeben. Severing erwiderte darauf, daß er sein Amt nur unter Anwendung der Gewalt abdrete.

Der bisherige Innenminister Severing habe dem Reichskanzler gegenüber die Berechtigung der von Papen vorgebrachten Gründe für die Einsetzung des Kommissars und die Anwendung des Artikels 48 bestritten. Severing habe weiter in Abrede gestellt, daß die Sicherheit in Preußen mehr als in anderen deutschen Ländern gefährdet sei. Der Reichskanzler habe dann, wie Ministerialrat Hirschfeld weiter ausführte, eine gütliche Regelung vorgeschlagen, worauf Severing erwidert habe, daß eine derartige Abrede nur unter Gleichberechtigung möglich sei. Nachdem aber die preussischen Minister vor die vollendete Tatsache gestellt worden seien, könne man von Gleichberechtigung nicht mehr sprechen. Aus diesem Grunde sei auch eine gütliche Vereinbarung unmöglich.

Reichskanzler von Papen soll nach Mitteilung von preussischer Seite zum Schluß der Unterredung noch einmal betont haben, daß er großen Wert auf gütliche Regelung der Frage der Geschäftsübernahme lege. Er empfände vor der Verlor des preussischen Innenministers Severing große Hochachtung, aber Gründe der Staatsräson zwingen ihn zu den Maßnahmen.

Wie verlautet, hat sich in der Unterredung beim Reichskanzler auch der geschäftsführende preussische Minister, Hirtle, der Erklärung Severings angeschlossen, wonach Severing die Maßnahme der Reichsregierung nicht anerkenne.

## Der Inhaber der vollziehenden Gewalt.

### Die amtliche Mitteilung.

Berlin, 20. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 übertrage ich die vollziehende Gewalt für den Bezirk Groß-Berlin und Provinz Brandenburg auf den Befehlshaber im Wehrkreis III Generalleutnant v. Runderstedt.

## Eine preussische Darstellung über die letzten Verhandlungen.

Berlin, 20. Juli. Der Leiter der Pressestelle des preussischen Innenministeriums, Ministerialrat Hirschfeld, machte heute vormittag über den Verlauf der Besprechun-

gen zwischen dem Reichskanzler v. Papen und den preussischen Ministern Hirtle, Severing und Klepper Mitteilungen, aus denen hervorgeht, daß die amtsentlassenen preussischen Minister nicht gewillt sind, gutwillig von ihren Ämtern zu weichen.

## Reichswehr im preussischen Staatsministerium.

Berlin, 20. Juli. Im preussischen Staatsministerium in der Wilhelmstraße trafen gegen 12.30 Uhr ein Offizier und mehrere Reichswehrsoldaten ein.

Das geschäftsführende preussische Kabinett tagte jedoch zu dieser Zeit im preussischen Ministerium des Innern unter den Linden.

## Die Verordnung über den Ausnahmezustand.

Berlin, 20. Juli. Amtlich wird gemeldet: Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg folgendes:

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124, 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsgerechtes, des Brief-, Post-, Telegramm- und Fernsprecheingehemtes, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

## Das alte preussische Kabinett ruft den Staatsgerichtshof an.

Berlin, 20. Juli. Die alte preussische Regierung nimmt zu den heutigen Vorgängen wie folgt einstimmig Stellung: Die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen, dem die gesamte vollziehende Gewalt übertragen wird, widerspricht nach Ansicht der preussischen Regierung der Reichsverfassung.

1. Weil kein Anlaß zu einer solchen Maßnahme vorliegt.
  2. Weil die Einsetzung keine „notige Maßnahme zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist“.
  3. Weil die Einsetzung vielmehr andere Zwecke verfolgt.
- Die preussische Staatsregierung wird daher sofort den Staatsgerichtshof anrufen und bis zu dessen Entscheid dem Erlaß einer einstweiligen Verfügung beantragen.
- Soweit auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung unmittelbar oder mittelbar durch einen Reichskommissar in Artikel 17 der Reichsverfassung eingegriffen wird (zum Beispiel durch Absetzung von Ministern oder Ernennung neuer Minister), oder in Artikel 63 der Reichsverfassung (wonach die Länder im Reichsrat nur durch Mitglieder ihrer Regierung vertreten werden), so wird die preussische Staatsregierung einen solchen Eingriff als ungültig und nicht vorhanden ansehen.

## Reichskommissar Syrup über den Arbeitsdienst.

Der zum Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst ernannte Präsident der Reichsanstalt für die Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, äußerte sich vor Pressevertretern über den Rahmen, in dem er den freiwilligen Arbeitsdienst nunmehr durchzuführen gedenkt. Dr. Syrup stellte an die Spitze seiner Ausführungen die Feststellung, daß der freiwillige Arbeitsdienst nicht mehr ausschließlich eine Beschäftigungsmöglichkeit für die arbeitslose Jugend ist, daß er vielmehr hauptsächlich die jungen Deutschen allgemein zu gemeinsamer, nutzbringender Arbeit für die Volkswirtschaft zusammenfassen soll. Der Mittelpunkt des Arbeitsdienstes soll und muß die ernsthafte Arbeit stehen.

Alle Erfahrungen zeigten, daß die Jugend selbst nach praktischer Betätigung ihrer aufgespeicherten Kräfte vor- und zurückgeht.

Weiter solle der Arbeitsdienst an der körperlichen und geistigen Ertüchtigung und Gesundheit der Jugend mitarbeiten.

Es sei schon an sich ein Erfolg des Arbeitsdienstes, daß die jungen Menschen aus den Steinmauern der Städte in eine naturverbundene Tätigkeit hinausgeführt werden. Entscheidend für das Gelingen dieser Ziele sei aber die Lösung der Führerfrage. Schematismus und Bürokratismus wären gerade auf diesem Gebiete von größtem Uebel. Die selbst nach Disziplin und Unterordnung verlangende Jugend stehe auch Anforderungen an ihre Führer. Sie wolle keine Ver-



# Alliierte Einigung in Genf.

Deutschland ausgeschaltet.

Genf, 19. Juli. Die Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten haben am Dienstagmorgen eine streng vertrauliche Sitzung abgehalten, an der Simon, Herriot, Balbo, Gibson und Kowran Davis teilnahmen. Zum Schluß der Verhandlungen wurde auch Benesch hinzugezogen. Ueber das Ergebnis der Sitzung wurde von amerikanischer und französischer Seite übereinstimmend mitgeteilt, daß zwischen den vier Großmächten eine völlige Einigung über den Text der Vertragsgesamtentscheidung, die eine Zusammenfassung der verschiedenen Abrüstungsbeschlüsse enthält, wird noch in der Nacht zum Mittwoch den übrigen Abordnungen übermittelt werden. Die vertraulichen Besprechungen zwischen den Großmächten werden am Mittwochvormittag fortgesetzt werden. Der Text der Vertragsgesamtentscheidung enthält keinen Hinweis auf die deutsche Gleichberechtigung und lediglich die Klausel, daß die Einbringung von Vorschlägen durch die Mächte vorbehalten bleibt. Zu Mittwochmorgen ist der Hauptausschuß der Konferenz einberufen, dem dann der endgültige Text der Vertragsgesamtentscheidung vorgelegt werden soll. In leitenden Konferenzkreisen wird erklärt, die Verhandlungen im Hauptanschuß würden unter allen Umständen noch im Laufe dieser Woche zum Abschluß gebracht und die Konferenz werde sodann auf einige Monate vertagt werden.

Der vier anderen Großmächte vor die Tatsache eines endgültigen Textes gestellt worden. Es bestätigt sich damit die Vermutung, daß die Großmächte jetzt so schnell wie möglich zu der Grundlage eines allgemeinen Abrüstungsabkommens gelangen wollen, ohne daß hierin eine Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung aufgenommen wird. Die französische Taktik geht immer härter in der Richtung, auf der Grundlage der Übereinstimmung der vier Großmächte in der nächsten Phase der Konferenz ein endgültiges Abrüstungsabkommen zustandezubringen, um erst nach der Annahme dieses Abkommens die Gleichberechtigungsfrage im negativen Sinne zu erledigen und hierdurch die deutsche Regierung in die Zwangslage der Verantwortung für den Gesamtausgang der Abrüstungskonferenz zu setzen.

Die deutsche Abordnung hielt am Dienstag mehrmals interne Besprechungen über die Stellungnahme zu der erwarteten Vertragsgesamtentscheidung ab. Die deutsche Abordnung steht jetzt vor der außerordentlich ersten Frage, ob eine weitere Mitarbeit an der Konferenz überhaupt noch möglich ist. Es zeigt sich, daß die seit fünf Monaten hinausgezögerte Inangriffnahme der Gleichberechtigungsfrage sich jetzt in verhängnisvoller Weise auswirkt. Die Konferenz kann zu einer eindeutigen Stellungnahme zu der deutschen Forderung auf Gleichberechtigung nur noch dann gezwungen werden, wenn die deutsche Regierung jetzt einen dahingehenden Antrag beim Präsidium der Konferenz einbringt. Ob ein derartiges Vorgehen von deutscher Seite erfolgt, steht aber noch nicht fest.

Der Haushaltsausschuß der Abrüstungskonferenz besaßte sich am Dienstag mit dem deutschen Wehrhaushalt. An die deutsche Abordnung sind von verschiedenen anderen Abordnungen insgesamt 152 Fragen über den deutschen Wehretat gestellt worden, die von der deutschen Abordnung in schriftlicher Form beantwortet worden sind.

Dr. Syrup hob dann weiter nachdrücklich hervor, daß für den freiwilligen Arbeitsdienst auch künftig nur zusätzliche Arbeiten in Frage kommen, daß nicht daran gedacht ist, auf dem Wege des Arbeitsdienstes eine neue Verengung des Arbeitsmarktes vorzunehmen. In finanzieller Hinsicht stehen dem freiwilligen Arbeitsdienst bis zum Beginn des neuen Etatsjahres am 1. April 1933 55 Millionen Mark zur Verfügung. Damit ist, wie Dr. Syrup erklärte, eine rationelle Bewirtschaftung gewährleistet.

Diese 55 Millionen ermöglichen es, bei einer Ausgabe bis zu 2 Mark pro Kopf und Arbeitstag etwa 30 Millionen Tagewerte im freiwilligen Arbeitsdienst auszuführen.

Von den Wochen des strengen Winters, in denen die Außenarbeiten erschwert sind, abgesehen, würden bis zum Beginn des neuen Haushaltsjahres durchschnittlich 200 000 Arbeitswillige beschäftigt werden können. Da am 1. Juli die Zahl der Arbeitswilligen etwa 70 000 betrug, könne demnach durch die neuen Mittel eine wesentliche Steigerung erzielt werden. Trotz dieser begründeten Ausdehnung des Arbeitsdienstes werde man sich aber darüber klar sein müssen, daß die Not des kommenden Winters noch darüber hinaus Gegenstand erster Anstrengungen und lebhafter Sorge sein müsse. Bei der praktischen Ausführung des Arbeitsdienstes, schloß Dr. Syrup, werde es vor allem auf die verantwortungsvolle Mitarbeit aller bisher im freiwilligen Arbeitsdienst erfolgreich tätig gewordenen Verbände ankommen. Mit ihnen zusammen soll auf Grund der Erfahrungen der nächsten Monate die Frage des weiteren Ausbaues des Arbeitsdienstes geprüft werden. Danach würde dann der Reichsregierung das gewünschte Gutachten über die Frage erstattet werden, ob und unter welchen Voraussetzungen die Einführung einer Arbeitslosenpflicht für Deutschland geboten ist.

## Eine Erklärung der Reichsregierung zum Demonstrationsverbot.

Berlin, 20. Juli. Die Reichsregierung hat, wie die Blätter berichten, durch den Nachrichtenendienst der Draht eine Erklärung zum Demonstrationsverbot verbreiten lassen. Nach einem Hinweis auf den Brief des Reichspräsidenten an den Reichsinnenminister, in dem der Reichspräsident zum Ausdruck gebracht hatte, daß er entschlossen sei, mit allen ihm verfassungsmäßig zustehenden Mitteln gegen Ausbreitungen jeder Art vorzugehen, heißt es in der Erklärung: „Die Polizeigewalt hat offensichtlich nicht überall ausgereicht, solche Zusammenkünfte und Uebersälle zu verhindern. Der Reichsminister des Innern hat bei dieser Sachlage von der ihm durch Verweisung des Reichspräsidenten vom 28. Juni 1932 erteilten Befugnis, Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge wieder zu verbieten, Gebrauch gemacht. Nachdem am Montag vor acht Tagen in Ohlau und am letzten Sonntag in Altona sich die bekannten blutigen Vorfälle ereignet hatten, mußte der Reichsminister des Innern in Übereinstimmung mit dem Kabinett es als seine Pflicht ansehen, zunächst diese Maßnahmen zu treffen.“

Es ist aber verständlich und von der Reichsregierung bereits angefündigt worden, daß das Demonstrationsverbot nur ein erster Schritt ist. Die Landesregierungen sind ersucht worden, die aus dem Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen sich ergebende Entlastung der Polizei dazu auszunutzen, um die Schlußpunkt und Waffenlager der Kommunisten, deren Vorhandensein durch die Altonaer Vorgänge erwiesen ist, nachdrücklich auszuheben und damit die Grundlage für eine künftige rasigere Gestaltung öffentlicher Veranstaltungen zu schaffen.

Die Reichsregierung wird dem Herrn Reichspräsidenten anliegenfalls weitere Maßnahmen gegen diejenigen vorgeschlagen, die künftig den politischen Kampf mit der Waffe in der Hand oder gar unter verwerflicher Verwendung von Sprengstoff führen sollten. Das deutsche Volk kann darauf vertrauen, daß die Reichsregierung durchgreifen wird.“

## Aus aller Welt.

\* 16 Todesopfer der Altonaer Unruhen. Wie das Städtische Presseamt Altona am Dienstagabend mitteilt, haben die Straßenunruhen vom Sonntag ein weiteres Todesopfer gefordert. Es sind nunmehr insgesamt 16 Tote zu beklagen.

\* Die Vernehmung der in Altona Festgenommenen. — Richterlicher Haftbefehl gegen die bisher Vernehmenen. Die Altonaer Justizpressestelle teilt mit: In der Strafsache gegen Weber und Genossen betreffend die bekannten Vorgänge in Altona am 17. Juli sind dem Ermittlungsrichter des Amtsgerichts im Laufe des gestrigen Tages 91 vorläufig festgenommene Personen vorgeführt worden. Die Vernehmungen sind im Gange und werden mit Beschleunigung durchgeführt. Gegen die bisher vernommenen Personen ist richterlicher Haftbefehl erlassen.

\* Nationalsozialist auf dem Schützenplatz von einem Kommunisten erschlagen. Auf dem Schützenplatz in Hörbe wurde der 39jährige Nationalsozialist Westermeyer von dem Kommunisten Marx mit dem Gewehrstoß niedergeschlagen. Westermeyer erlitt einen Schädelbruch, dem er nach kurzer Zeit erlag. Der Grund zu dem Totschlag ist darin zu suchen, daß Westermeyer einige Bekannte mit dem Hitlergruß empfing. Der Täter wurde verhaftet.

\* Mit dem Messer gegen einen Bürgermeister. In Taura drang am Montagvormittag ein älterer Einwohner in das Amtszimmer des Bürgermeisters ein. Nach einer Auseinandersetzung zog der Mann ein großes, festes, dolchartiges Messer und drang auf den Bürgermeister ein. Dem diensttuenden Polizeibeamten, der bei der Auseinandersetzung zugegen war, gelang es, dem Mann das Messer zu entwenden. Der Polizeibeamte erhielt aber mit dem Messer zwei Stiche, von denen der eine durch den Wundstich drang und der andere ihm den Daumen der linken Hand hart verletzte. Der Täter wurde in Haft genommen.

\* Großer Kaffeeschmuggel im Hamburger Hafen aufgedeckt. Der Hamburger Zollfahndungsstelle gelang es, einen großzügigen Kaffeeschmuggel, der bis zum Oktober

vorigen Jahres zurückreichen dürfte, aufzudecken. Bis jetzt sind acht Festnahmen erfolgt, weitere stehen bevor. Die geschmuggelte Menge dürfte sich auf 90 bis 100 000 Kilogramm Kaffee belaufen. Die Schmuggler bedienten sich eines großen Möbelwagens, der von einem Lastkraftwagen gezogen wurde. Dieser Möbelwagen hatte am Kopfende eine Scheinabteilung, in die man jeweils etwa 40 Sack Kaffee unterbringen konnte. Auch verfügte die Schmuggler über einen Motorfahrrad, der doppelte Schotten besaß.

\* Was hat Friedrich der Große gewollt? — Prozeß um eine Fischereigerechtigkeit. Die altstädtische Fischermänner in der Stadt Potsdam hat jetzt nach achteinhalbjähriger Prozedur vor dem Reichsgericht ein obstruierendes Urteil über einen unberechtigten Fischer erkritten. Es handelte sich darum, daß ein Potsdamer Einwohner in der Burgstraße ein Haus erworben hatte, von dem er glaubte, daß darauf eine Fischereigerechtigkeit ruhe. Durch 25 Juristen und die Heranziehung von Urkunden von mehr als fünf Jahrhunderten wurde jedoch bewiesen, daß diese

\* Neuer Aufstand in Peru unterdrückt. Nachdem erst vor kurzem eine kommunistische Aufstandsbeziehung in der peruanischen Stadt Trujillo unterdrückt werden mußte, wurde, wie aus Lima gemeldet wird, in der Nacht zum Dienstag in Huaraz von militärischer Seite ein Aufstand durchgeführt, der jedoch von der Regierung sofort niedergeschlagen werden konnte. Aufständische Truppen besetzten die zwischen Lima und Trujillo liegende Stadt Huaraz und die Umgebung. Sie setzten sofort ein eigenes Kabinett ein und erließen Steuererordnungen. Regierungstruppen konnten jedoch die Aufständischen in die Flucht schlagen. Mehrere Aufständische wurden getötet und verwundet. Dem Führer der Aufständischen gelang es, zu entkommen. Die peruanische Regierung hat jetzt einen besonderen Ausschuß zur Unterdrückung der Revolution eingesetzt, bei dessen Ernennung Präsident Cerro die Notwendigkeit eines Zusammengehens gegen die kommunistische Gefahr betonte. Die erste Aufgabe des Ausschusses sei es, eine öffentliche Anleihe aufzulegen zum Ankauf von Flugzeugen, die gegen die Aufständischen eingesetzt werden sollen.



Margit's Lippen sind trocken.

„Und dann ist auch eine gewisse Gefahr dabei, Diane. Er ist sehr jähzornig. Er neigt in gewissen Momenten zu Unbedachtsamkeiten. Man darf ihm keine Veranlassung geben. Einmal hätte er einen Bauernburischen, der ihn enttäuscht hatte, beinahe erwürgt. Er trägt schwer an dieser Erinnerung. Der Burische hieß Jaroslaw. Wenn ich fürchte, daß mein Bruder sich vom Jähzorn fortreißen läßt, erinnere ich ihn bildwelen an diesen Jaroslaw.“

„Das legte ich in einem viel leichteren, fast heiteren Ton gesprochen worden.“

„Ich danke Ihnen, Fräulein Peters.“ flüstert Diane. Sie bewegt die Hand. Wellenkamp's Schatten zerrinnt.

„Er — soll — mir — vertrauen. Ich — will alles tun.“ sagt Diane mit trockenen Lippen. Margit greift wieder nach ihrem Arm und führt sie schweigend ins Haus.

Als Wellenkamp am Abend das Gastzimmer des kleinen Hotels betritt, um seine bescheldene Abendmahlzeit einzunehmen, sieht er einen großen älteren Herrn in einem weißen Sommeranzug am Fenster sitzen.

Wellenkamp's Herzschlag legt für zwei Sekunden aus, um sich in der dritten zu verdoppeln. Der Herr ist der Fremde vom Nachmittag. Er hat den Hut abgenommen. Die schmalen, unruhigen Augen huschen wie stinke Mäuse von einer Ecke des Zimmers in die andere und kehren in kurzen Absätzen wieder zu Wellenkamp zurück.

„Auf!“ denkt Wellenkamp etwas gewaltsam und im Unbewußtsein von der Halslosigkeit dieser Annahme durchdrungen. Er nimmt ein paar Bektungen vom Haken und unter Preisgabe seines Gepäcks aus dem Hotel zu flüchten. Er hat nicht gut. Er würde vor allen Dingen die Lasten voraussetzen, daß es sich bei dem Herrn am Fenster um einen Kriminalbeamten handelt.

Wellenkamp ist von dieser Tatsache ganz und gar nicht überrascht. Seine Menschkenntnis wehrt sich gegen diese Lösung. Der Mann mit den Raubaugen mag ein Agent sein — ein Schieber — vielleicht sogar ein vorbestrafter Verbrecher.

Wellenkamp bestielt mit ruhiger Stimme sein Abendessen. Er hat auf alle Fälle unweit der Tür Platz genommen. Die ganze Breite des Zimmers trennt ihn von dem Fremden, der jetzt ziemlich gelangweilt dasitzt und eine Zigarette raucht.

Als der Kellner das Essen bringt, beginnt Wellenkamp eine kurze Unterhaltung über die Abfahrzeiten gewisser Züge. Der Fremde hört gleichgültig zu. Nachdem er die Zigarette zu Ende geraucht hat, winkt er dem Kellner, um sein Bier zu bezahlen.

Wellenkamp läßt Eisenbänder von sich abspringen. Es ist also nichts! Es war wiederum nur eine Täuschung seiner Phantasie. Er gibt sich aufatmend dem Genuß seines Abendessens hin, während der Fremde sich langsam erhebt und mit schleifenden Schritten dem Ausgang zugeht.

Der Kellner hat das Zimmer verlassen. Der Fremde nimmt eine Zigarette aus dem Etui, er klopft sie ein paar Mal gegen die linke Handfläche; darauf sieht er eine Sekunde regungslos und in Gedanken verloren. Blödsinnig schnell er mit einer überraschenden Bewegung auf Wellenkamp zu, dessen Gesicht gegen den Tellerand klirrt.

„Sie sind der Journalist Joachim Müller aus Breslau.“ sagt er leise und bedeutungsvoll.

Wellenkamp's Züge erstarren. Er hat von dem gefälligen Vah bisher nirgends Gebrauch gemacht. Der Vah ruht wohlverdient in seiner Brusttasche; kein Mensch kann ihn zu Gesicht bekommen haben. Er gibt jedoch das Spiel noch nicht verloren.

„Kandidat der Theologie Gewede aus Doberan.“ sagt er steif mit der Andeutung einer Verbeugung.

Der andere winkt lachend ab.

„Ich weiß — ich weiß. Bin durchaus im Bilde. Habe mich hier im Hotel unauffällig erkundigt.“

Und leiser, mit vorsichtig gedämpfter Stimme und einem Blick auf die Tür: „Sie haben nicht nötig, vor mir Komödie zu spielen, Herr Hans Wellenkamp. Ich bin Carlo Griefinger. Mein Name ist Ihnen vielleicht nicht völlig fremd. Griefinger, der Ihnen den Pah auf den Namen Joachim Müller befragt hat, von dem Sie zu meiner Erleichterung keinen Gebrauch zu machen scheinen.“

„Griefinger!“

Wellenkamp ist sofort im Bilde. Ein bleiches Lächeln zerrt an seinen Mundwinkeln. „Und womit kann ich Ihnen dienen, Herr Griefinger?“

Der andere sieht wieder auf die Tür.

„Ist es Ihnen recht, wenn ich einen Augenblick an Ihrem Tische Platz nehme? Ich glaube, wir sind hier sicher.“

„Das „wir“ beruhigt Wellenkamp irgendwie. „Außerdem möchte ich Sie in keiner Weise an der Beendigung Ihres Abendessens hindern, Herr Kandidat Gewede.“

Wellenkamp ist sogar insande, auf Griefinger's Ton einzugehen.

„Sie müssen verzeihen, Herr Griefinger. Mein Appetit ist heute ebensowenig hervorragend wie dieses Schnitzel.“

„Krauchen wir noch eine Zigarette!“ sagt Wellenkamp und zückt sein Etui. Griefinger legt sich langsam, fast ein wenig schwerfällig auf seinen Stuhl.

„Sie wollen nach Magdeburg, Herr Gewede? Ich hörte vorhin, wie Sie mit dem Kellner sprachen.“

„Ich pflege die Kellner nicht über das Ziel meiner Reisen zu orientieren.“

Der andere lächelt auf seine unangenehme, hinterhältige Weise. „Das ist richtig. Sie haben die Gewohnheit, die Ziele Ihrer Reisen zu verschleiern. Ich vermutete Sie seit langem in Kanada.“

„Es war nicht ratsam, Berlin so bald zu verlassen. Die Polizei war mir auf den Fersen.“

Griefinger schüttelt den Kopf.

„Sie haben eine gute Verkleidung. Wenn ich damals das Pasbild nicht zu Gesicht bekommen hätte — — Wer war übrigens die junge Dame, die damals Ihre Angelegenheiten bei mir erledigte?“

„Meine Schwester.“ sagt Wellenkamp rasch.

„Ihre Schwester — so so.“ Griefinger hat eine infame Art, die Worte ins Spöttische zu dehnen, ohne dabei den Mund zu verziehen. „Ich nehme an, daß Sie von Ihrer Schwester luzivische keine Nachricht erhalten haben.“ bemerkt er dann trocken. „Es ist immer ein etwas gefährliches Spiel, nicht wahr?“

Wellenkamp bläst Rauchringe in die Luft.

„Nein — ich habe keinerlei Nachricht erhalten.“ Durch die blauen Schleiher betrachtet er scharf und kritisch Griefinger's Gesicht. Das Gesicht hat etwas Unbestimmtes, Herzlichendes — nun so — ein Mensch, der durch viele Niederungen gegangen und nun daran war, wie ein dampfer Beute zusammenzuschleppen, um sich ein Heim für den Abend seiner Tage zu sichern.

(Fortsetzung folgt.)



## Letzte Nachrichten Bayerns Protokoll

Professelegramme des bayerischen Ministerpräsidenten an den Reichspräsidenten und den Reichstanzler

München, 21. Juli.

Der bayerische Ministerpräsident Heß hat an den Reichspräsidenten am Mittwoch folgendes Telegramm geschickt:

„Durch die Notverordnung vom heutigen in schwerer Sorge um die verfassungsmäßigen Rechte und die Existenzgrundlage der deutschen Länder teile ich Eurer Exzellenz ergebenst mit, daß ich für die Bayerische Regierung beim Herrn Reichstanzler heute Rechtsverwahrung eingelegt und Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Rechtsfrage beantragt habe.“

In freundschaftlicher Gesinnung und Verehrung Ministerpräsident Dr. Heß.“

Das Telegramm an den Herrn Reichstanzler hat folgenden Wortlaut:

Die Einsetzung eines Reichskommissars an Stelle von Landesregierung und die Amtsenthebung von Landesministern ist nach Auffassung des bayerischen Gesamtministeriums mit der Reichsverfassung nicht vereinbar. Die Notverordnung vom 20. Juli berührt verfassungsmäßige Rechte aller Länder und ihre verfassungsmäßige Existenz. Namens der Bayerischen Staatsregierung lege ich förmlich Rechtsverwahrung ein. Antrag zum Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich auf Entscheidung der Rechtsfrage ist von uns gestellt. Ministerpräsident Dr. Heß.

### Der Antrag beim Staatsgerichtshof

Am Staatsgerichtshof in Leipzig hat die Bayerische Staatsregierung telegraphisch folgenden Antrag eingereicht: Namens der Bayerischen Staatsregierung beantrage ich, für das Land Bayern zu erkennen: „Einsetzung eines Reichskommissars an Stelle von Landesregierung sowie Amtsenthebung von Landesministern, wie in der Reichsverordnung vom 20. Juli 1932 vorgehoben, ist mit der Reichsverfassung nicht vereinbar.“

Die Verordnung berührt verfassungsmäßige Rechte aller Länder und ihre verfassungsmäßige Existenz. Zur Begründung des Antrages nehme ich Bezug auf die Erklärung Bayerns vom 9. Mai 1931 im Verfahren vor dem Staatsgerichtshof wegen des Steuervereinhaltungsgegesetzes. Weitere Begründung bleibt vorbehalten. Gebilte Terminbekanntgabe. Ministerpräsident Dr. Heß.

### Auch Hessen nicht einverstanden

Ueber den Standpunkt der Hessischen Regierung zur Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen wird mitgeteilt:

Die Hessische Regierung hat sich seinerzeit ebenso wie die anderen süddeutschen Regierungen mit Nachdruck gegen die vom Reich verfügte Beseitigung des Uniform- und Demonstrationserlasses der Länder und gegen den Gedanken der Einsetzung eines Reichskommissars gewandt. Es besteht danach kein Zweifel, daß Hessen angesichts der jüngsten Ereignisse in Preußen an diesem Standpunkt mit Entschiedenheit festhalte. Weiter wird erklärt, in hessischen Regierungskreisen sei man bestrebt über die Möglichkeit und Form, mit der die Reichsregierung gegen Minister des größten deutschen Landes vorgegangen ist.

### Wieder entlassen

Wie wir erfahren, sind der bisherige Polizeipräsident Grzeffinkl, der bisherige Polizeivizepräsident Dr. Weiß und der bisherige Kommandeur der Schutzpolizei, Oberst Heimannsberg, aus der Schutzhaft entlassen worden. Sie haben sich sofort zu ihrem Rechtsanwalt Professor Dr. Max Mosberg begeben, um mit diesem die Rechtslage zu besprechen.

Bevor Grzeffinkl, Weiß und Heimannsberg aus der Schutzhaft entlassen wurden, legte ihnen ein Offizier der Reichswehr ein Schriftstück vor mit folgendem Wortlaut: „Nach meiner gewaltsamen Entfernung aus dem Amt erkläre ich mich bereit, mich jeder weiteren Dienstmaßnahme zu enthalten.“ Die drei Herren haben dieses Schriftstück unterzeichnet und sind darauf entlassen worden. Die Herren werden an das Preussische Ministerium des Innern einen Protest gegen ihre gewaltsame Entfernung vom Amt richten. Insbesondere ist der frühere Polizeipräsident Grzeffinkl der Ansicht, daß seine Verhaftung umso weniger gerechtfertigt war, als er Landtagsabgeordneter und als solcher immun ist.

### Beurlaubte Staatssekretäre

Auf Grund der ihm durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 erteilten Ermächtigung hat der Reichstanzler den Staatssekretär im Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Dr. Stauning, und den Staatssekretär im Preussischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Krüger, bis auf weiteres mit sofortiger Wirkung beurlaubt und sie ersucht, von der Ausübung ihrer Amtsgeschäfte Abstand zu nehmen. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs im Preussischen Handelsministerium hat der Reichstanzler den Reichskommissar für das Bankgewerbe, Ministerialdirektor Dr. Ernst, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs im Preussischen Landwirtschaftsministerium den Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Ruffelt, beauftragt.

### Dr. Weismann zurückgetreten

Wie in politischen Kreisen verlautet, hat der Staatssekretär des Preussischen Staatsministeriums, Dr. Weismann, seine schon vor längerer Zeit geäußerten Wünsche, für den Fall eines Ausscheidens des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Brauns auch seinerseits sein Amt niederzulegen, nunmehr verwirklicht und um Enthebung von seinem Posten gebeten. Der Rücktritt des Staatssekretärs war übrigens sowieso in Kürze zu erwarten, da Dr. Weismann die Altersgrenze bald erreichen wird.

### Das erste Versammlungsverbot

In Lützenwalde, wo es schon am Sonntag zu einem Ueberfall von Kommunisten auf einen nationalsozialistischen Umzug gekommen war, hatten für Mittwochabend Nationalsozialisten und Kommunisten Kundgebungen einberufen. Der Regierungspräsident in Potsdam schickte ein großes Schupoaufgebot mit Karabinern nach Lützenwalde und machte gleichzeitig dem militärischen Befehlshaber in der Provinz Brandenburg Mitteilung, daß Zusammenkünfte zu befürchten seien. Der militärische Befehlshaber hat daraufhin beide Kundgebungen verboten.

### Postauto gegen Personenzug

Königsberg, 21. Juli. Ein Postomnibus fuhr gestern abend an einem ungesicherten Bahnübergang zwischen Preussisch-Holland und Gildenhöden gegen die Lokomotive eines Personenzuges. Dabei wurden eine Person getötet und zwei schwer verletzt.

### Hitler in Hamburg

Auf dem Victoria-Sportplatz in Hamburg sprach Adolf Hitler in einer Massenversammlung. Die Polizei hatte besondere umfangreiche Sicherungsmaßnahmen getroffen. Auf den Dächern der am Sportplatz liegenden Häuser waren Polizeibeamte postiert.

Hitler führte u. a. aus: Am 31. Juli wird über mehr als die Zusammensetzung eines Reichstages entschieden werden. Man begegnet den Nationalsozialisten mit Terror und rechnet auf ihre Disziplin. Er aber sage den Gegnern: „Wenn wir einst mit euch abrechnen, dann sei euch der Himmel gnädig.“ Wir sind die einzigen, die an den Handlungen von Papens Kritik über dürfen. Wer 100 Milliarden zahlen wollte, könne sich nicht über 3 Milliarden ereifern. Aber auch diese 3 Milliarden würden nicht realisiert werden. Sie würden es nicht, weil die nationalsozialistische Bewegung im Anmarsch sei. Von den Nationalsozialisten sei der Welt kein Zweifel darüber gelassen worden, daß es mit dem Tag ihres Sieges mit dem Erfüllen vorbei sei.

Der Führer der Landtagsfraktion, Rude, nahm auf die Berliner Vorgänge Bezug und erklärte, ohne den nationalsozialistischen Erfolg vom 2. April hätte es keinen 20. Juli gegeben. Wer etwa heute mit der Proklamierung eines Generalstreiks spiele, werde morgen schmachvoll erwachen.

### Setzt 16 Tote in Altona

Altona, 20. Juli. Von den Schwerverletzten der Unruhen am Sonntag ist gestern ein weiterer keinen Verletzungen erlegen, so daß sich die Zahl der Todesopfer auf insgesamt sechzehn erhöht. Drei weitere Schwerverletzte schweben noch in Lebensgefahr.

### Großer Kaffeemüggel aufgedeckt

Hamburg, 20. Juli. Die Zollabhandlungsstelle deckte einen großangelegten Kaffeemüggel in Kaffee auf. Seit Oktober 1931 sind in einem Lastkraftwagen, einem Möbelwagen und einem Motorwagen, die mit geheimen Fächern versehen waren, etwa 85 000 Kilogramm Kaffee geschmuggelt worden. 24 Personen wurden verhaftet.

### 307 000 Wohlfahrtserverswerbslose in Sachsen

Die Zahl der von den sächsischen Gemeinden betreuten Wohlfahrtserverswerbslosen ist weiterhin gestiegen. Nach den Meldungen der Bezirksfürsorgeverbände an das Statistische Landesamt wurden Ende Juni 1932 in Sachsen 298 783 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserverswerbslose gezählt gegenüber 291 637 am Ende des Vormonats, so daß im Juni eine Zunahme um 7126 oder rund 2 v. H. zu verzeichnen ist. Berücksichtigt man noch die 8664 Unterstufungsempfänger, deren Anerkennung als Wohlfahrtserverswerbslose das Arbeitsamt am Stichtag noch nicht ausgesprochen oder abgelehnt hatte, so ergibt sich, daß in Sachsen Ende Juni 307 447 Arbeitslose oder rund 51 v. H. aller unterstufung Arbeitslosen der Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden zur Last fielen, während auf die Arbeitslosenversicherung 120 568 und die Arbeitsfürsorge 172 894 Hauptunterstützungsempfänger — zusammen 17 353 weniger als Ende Mai — entfielen.



Es geht um den Kopf!  
RM. 5000  
Bar-Preise!

Ein Kopf ist zerbrochen und soll geheilt werden — „Kopf zerbrochen!“, den Sie in jedem Fachgeschäft kostenlos bekommen! Dieser Prospekt sagt Ihnen auch, wie und warum „Haarglanz“ unentbehrlich für Ihre Haarpflege ist. „Haarglanz“ strafft das erweichte Haar nach der Kopfwäsche und neutralisiert es. Dadurch wird das Haar glänzend, elastisch und bleibt gesund und schön. „Haarglanz“ fettet nicht, studieren Sie den neuen Schwarzkopf-Prospekt er ist auf die Struktur des Haares abgestimmt und kann durch Zitronensaft- und Essigsäurelösungen nicht ersetzt werden. „Haarglanz“ liegt jedem Beutel Schwarzkopf-Schaumpon bei. Weiße Packung 20 Pfennig, grüne Extra-Packung und Spezialsorte Extra-Blond mit Schaumbürste 27 Pfennig.

## SCHWARZKOPF-HAARPFLEGE

vollkommen durch „Haarglanz“

**Wachberghöhe**  
Freitag, den 22. Juli 1932, abends 8 Uhr  
**GARTEN-KONZERT**  
ausgeführt von der Musik-Vereinigung, Lauscha  
Zu einem recht zahlreichen Besuch ladet sich ein  
Alwin Strauss.

**MEYERS  
LEXIKON**  
EIN GRIFF GENÜGT  
12 BÄNDE VON A-Z  
VOLLSTÄNDIG  
Anschaulicher, illustrierter Prospekt  
kostenlos durch jede Buchhandlung

Die neueste  
**Lohnsteuertabelle**  
mit Ledigen- und Beschäftigtensteuer  
ist erschienen und zu haben in der  
**Buchhandlung Herm. Rühle**

**Fliegende  
Blätter**  
und Megendorfer Blätter  
sind das schönste farbige  
Witzblatt für die Familie  
„Immer mit der Zeit schreitend und für die Zeit.“  
„Eine Quelle herzerquickenden Frohsinns.“  
Wöchentlich eine reichhaltige Nummer.  
Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden.  
Ueber die Bezugspreise unterrichtet der Buchhändler, das Postamt oder unmittelbar der  
**VERLAG „FLIEGENDE BLÄTTER“**  
J. F. SCHREIBER, MÜNCHEN, MOHLSTRASSE 34.

**Sommer - Spielwaren**  
Sandformen  
Eimer u. Schaufel  
u. v. a. extra billig  
**Hermann Rühle** Spiel- und  
Galanteriewaren

**6-7000 RM.**  
als Hypothek auf hiesiges  
Grundstück gesucht.  
Offerten an die Geschäftsstelle  
dieses Blattes erbeten.  
**Sie bleiben bestimmt  
mein Kunde**, wenn  
Sie einmal meine äußerst halt-  
baren und doch spottbilligen  
Männer - Schwitz - Socken  
getragen haben. Bitte ver-  
suchen Sie es einmal, der  
Gang lohnt sich, denn das  
Paar kostet  
nur 30 Pfg.  
Eugen Martin, Dresdenstr.

Guterhaltenes  
**Kinder-Netzbett**  
zu kaufen gesucht.  
Angebote erbeten an Frau  
Marg. Ganh, Niedingen 41.

**Tv., „Bahn“**  
Sonntag, d. 24. Juli  
beteiligt sich der Vere'n an der  
**Platz-Weiße**  
des Tv. Leppersdorf.  
Abfahrt mittags 12 Uhr mit  
Auto ab Bahnhof Dirsch. Fahr-  
preis 80 Pfg. Meldungen an  
die Turnwarte erbeten. Zahl-  
reiche Beteiligung erbeten.  
Der Turnrat.

**Schrankpapiere  
Küchen spitzen**  
Buchhdlg. Herm. Rühle.

**Visiten-Karten**  
empfehlen  
Buchdruckerei H. Rühle.